

II - 1435 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 734 /J

A N F R A G E

1984 -05- 1 0

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier  
und Kollegen  
an den Bundeskanzler  
betreffend mißverständliche Beantwortung der Anfrage  
Nr. 510/J vom 23.2.84

Die im Betreff genannte Anfrage zeigte auf, daß sich im redaktionell gestalteten Berichtteil der amtlichen "Wiener Zeitung" vom 3.2.84 der folgende Satz findet:  
"Beider derzeit in der Öffentlichkeit laufenden Diskussion über eine Pensionsreform wird von seiten des ÖAAB versucht, auch im öffentlichen Dienst Verunsicherung hervorzurufen".

In der Beantwortung vom 19.4.84, Zl. 353.110/39-III/4/84 (533/AB) weist der Bundeskanzler darauf hin, daß der Vorwurf einer polemischen Berichterstattung schon deshalb nicht zutreffe, weil gerade in der Ausgabe der "Wiener Zeitung" vom 3.2.84 verschiedene Standpunkte zur Pensionsreform dargestellt würden und zwar auch durch andere Berichte über den Standpunkt von Politikern der ÖVP.

Diese Beantwortung beruht auf einem offenkundigen Mißverständnis. Es wurde nämlich in der Anfrage nicht beanstandet, daß die Auswahl der einzelnen Berichte einseitig erfolgte, sondern daß im gegenständlichen Artikel zuerst die "Wiener Zeitung" berichtend mitteilte, der ÖAAB versuche Verunsicherung hervorzurufen und erst dann (nämlich im nächsten Absatz) gemeldet wurde, was der Sozialistische Fraktionsvorsitzende dazu feststellte.

Der inkriminierte Absatz stellt also eindeutig keine bloße oder hauptsächliche Wiedergabe der Meinung der Sozialistischen Gewerkschaftsfraktion dar, sondern muß von unbefangenen Lesern

- 2 -

- 2 -

der Wiener Zeitung als eigene redaktionelle Mitteilung bzw. Stellungnahme verstanden werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

Entspricht es nach Ihrer Auffassung dem Gebot der objektiven Berichterstattung, wenn die amtliche "Wiener Zeitung" bei Wiedergabe einer sozialistischen Stellungnahme vorweg berichtet, daß der "ÖAAB versuche, im öffentlichen Dienst Verunsicherung hervorzurufen"?